

Anlage 4:

In der Ausarbeitung genannte Zeitungsartikel:

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/gluecksspielautomaten-boomen-vor-allem-im-suedwesten--18112429.html>

Glücksspielautomaten boomen – vor allem im Südwesten

Die Zahl der Spielautomaten steigt rasant – speziell in Baden-Württemberg. Die SPD dringt deshalb darauf, den Markt zu beschränken. Auch CDU und Grünen reichen die bisherigen Regelungen nicht aus.

STUTTGART. "Die Zahl der Spielsüchtigen nimmt seit Jahren stark zu", beobachtet Martin Epperlein, Berater bei der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart. "Das liegt mit am Angebot, am rasanten Zuwachs der Spielhallen, die teils rund um die Uhr geöffnet haben." In der Tat ist die Zahl der Spielhallen und noch mehr die der Automaten in den vergangenen Jahren massiv gestiegen, wie eine Analyse von Jürgen Trümper vom Arbeitskreis gegen Spielsucht belegt. Exakt 10 830 Automaten waren Anfang 2008 in den Spielhallen im Land registriert – gegenüber 2000 bedeutet das ein Plus von satten 70 Prozent. Deutschlandweit waren es "nur" 29 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Geräte in Kneipen und Gaststätten im Südwesten um 28 Prozent gesunken. Trotzdem ist das Automatengewerbe eine Boombranche: Unterm Strich ergibt sich ein Wachstum von 17 Prozent auf 20 000 Automaten in Baden-Württemberg. Auch in Freiburg werden die Spielhallen schnell mehr, bislang gibt es 30, fünf neue sind beantragt. Die Stadt änderte jüngst eigens einen Bebauungsplan, um eine zu verhindern. Das Gebiet fällt jetzt unter die Bordellkonzeption – jegliche Vergnügungsstätten sind dort nun verboten.

Das Land hat zwar vergangenes Jahr den Glücksspielstaatsvertrag verabschiedet, der helfen soll, die Spielsucht zu bekämpfen. Aber unter den fallen Spielbanken und Toto-Lotto GmbH, nicht Spielhallen. "Das Land muss hier dringend aktiv werden, um das Suchtpotenzial zu verringern", fordert daher Ingo Rust, der Vorsitzende des Finanzausschusses im Landtag. "Die Automatenindustrie investiert gezielt in den wirtschaftlich starken Südländern Baden-Württemberg und Bayern, wo sie offenbar die größten Gewinne erwartet." Der SPD-Politiker macht sich dafür stark, die Zahl der Geräte zu begrenzen und mit "Kettenkonzessionen" Schluss zu machen. In einer Spielhalle dürfen höchstens zwölf Geräte stehen. Doch das werde allzu oft durch einen Trick unterlaufen: Die Betreiber beantragen Konzessionen für mehrere, oft nur durch (Glas-)Wände getrennte Hallen.

Zudem empfiehlt Rust gegen den Automatenboom Ausweiskontrollen am Eingang von Spielhallen sowie ein Rauchverbot – wie bei Spielbanken. Und er will die Gewinne der Betreiber beschneiden, indem man die Vergnügungssteuer erhöht und eine Suchtpräventionsabgabe einführt, die Beratungsstellen zugutekommen soll. "Das Land muss dringend seine Gesetzgebungskompetenz wahrnehmen, die es bei der ersten Föderalismusreform erstritten hat", sagt Rust. Doch Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) sieht nur "einen engen gesetzgeberischen Spielraum", wie er vor geraumer Zeit beschied. Aus Sicht der Bundesregierung aber ist die Zuständigkeit für das "Recht der Spielhallen" aufs Land übergegangen.

Mehr Klarheit soll nun eine Expertenanhörung von Finanz-, Innen- und Sozialausschuss im Oktober bringen. Vorab soll die Regierung dem Parlament auf Antrag aller Fraktionen umfassende Daten zum Glücksspiel liefern. Außer der SPD haben auch CDU und Grüne Handlungsbedarf diagnostiziert.

http://content.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/2461290_0_9734_-stadtraete-wollen-neue-spielhallen-verhindern.html

Stadträte wollen neue Spielhallen verhindern

Möhringen. Stadt liegen drei Anträge vor: Kommunalpolitiker befürchten "verheerende" Folgen für Einzelhandel.

Von Kai Müller

Ein Leerstand lässt die Spekulationen ins Kraut schießen - doch seit gestern haben es die Stadträte schwarz auf weiß. Im Gebäude Filderbahnstraße 28 sollen bald drei Spielhallen eröffnen. Der Verwaltung liegt ein entsprechender Antrag vor. In dem Haus war bis vor kurzem das Modegeschäft Goebel untergebracht, das mittlerweile seine Kunden im Gebäude Filderbahnstraße 13 empfängt.

Gestern erfuhren die Mitglieder des Umwelt- und Technikausschusses (UTA) hinter verschlossenen Türen, dass auch an der Vaihinger Straße 63 und an der Rembrandtstraße 8 weitere Spielhallen hinzukommen sollen - zumindest, wenn es nach dem Willen der Antragsteller geht. Von außen soll sich am Erscheinungsbild der Gebäude nicht viel ändern, innen dafür umso mehr.

Die Stadträte machten in der Sitzung keinen Hehl daraus, dass sie vom zusätzlichen Glücksspiel im Möhringen nichts halten. Vor allem der Gedanke, dass an der Filderbahnstraße eine weitere Spielhalle eröffnet, war den Kommunalpolitikern ein Gräuel: "Das wäre verheerend für das Erscheinungsbild", sagt ein Sitzungsteilnehmer, der nicht ausschließen will, dass dann der Einzelhandel "den Bach runtergeht".

Ob eine Spielhalle an einem Standort eröffnen darf oder nicht, regelt die Vergnügungsstättensatzung. Die rechtliche Situation ist verworren. So erfuhren die Stadträte in der Sitzung, dass die Verwaltung Spielhallen im Gebäude Filderbahnstraße 28 ablehnen kann, weil für das Areal ein qualifiziertes Baurecht existiert. Gleichwohl wies die Verwaltung in der Sitzung

darauf hin, dass eine Absage "mit einem gewissen Prozessrisiko" verbunden ist. Mut macht der Verwaltung ein Urteil des Verwaltungsgerichts vom März. Dieses hatte die Klagen von Spielhallenbetreibern abgewiesen, die an der Seelbergstraße in Bad Cannstatt zwei Glücksspieltempel einrichten wollten. Die Richter haben der Stadt die Entscheidung darüber überlassen, ob sie der Genehmigung zustimmen oder sie ablehnen.

Bei den beiden anderen geplanten neuen Spielhallen in Möhringen hat die Stadt derzeit keine rechtliche Handhabe. Nun soll ein neuer qualifizierter Bebauungsplan für die Ortsmitte aufgestellt werden, der die Ansiedlung verhindert. Die Stadt gewinnt dadurch zumindest Zeit, gleichwohl könnte auch in diesem Fall die Angelegenheit vor Gericht landen.

Der Möhringer Bezirksbeirat hatte bereits im September 2008 einstimmig einen qualifizierten Bebauungsplan für die Ortsmitte gefordert. Damals war den Räten aber beschieden worden, dass das Verfahren zu aufwendig sei. Die Stadträte zeigten sich nun im "Großen und Ganzen" einig, dass die Verwaltung "alles dafür tun soll, um weitere Spielhallen in Möhringen zu verhindern", sagt ein Sitzungsteilnehmer.

http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2391118_0_9223_-spielhallen-in-stuttgart-baurecht-setzt-zockerei-grenzen.html

Baurecht setzt Zockerei Grenzen

Stuttgart - Spielhallen boomen in Stuttgart. Allein seit 2006 hat sich ihre Anzahl in der Stadt verdoppelt. Und mehr als 70 weitere Anträge auf neue Spielhallen liegen den Behörden schon wieder vor. Der Leiter des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, Detlef Kron, mahnt deshalb: "Es muss dringend gegengesteuert werden." Nur - was kann die Stadt tun?

Zwei Genehmigungen braucht ein Spielhallenbetreiber, um in Stuttgart derzeit starten zu können: eine vom Baurechtsamt und eine von der Gewerbebehörde des Ordnungsamts. Die Betreiber wüssten dabei genau, wie sie ihre Anträge zu stellen hätten und wo ihr Baugesuch Aussicht auf Erfolg habe, heißt es aus den Ämtern.

So sind Spielhallen in Wohngebieten planungsrechtlich ausgeschlossen, in Mischgebieten sind sie jedoch "in kleineren Größenordnungen", in Gewerbegebieten "ausnahmsweise" zulässig, wie die Baurechtsamtsleiterin Kirsten Rickes erklärt. Erfüllt ein Betreiber die Auflagen (er muss beispielsweise genügend Stellplätze vorweisen), erfolgt in der Regel die Genehmigung.

Baurecht als Steuerungselement

Es sei denn, der Bebauungsplan wird wie am Westbahnhof im Nachhinein geändert, um Vergnügungsstätten auszuschließen. Die Änderung von Bebauungsplänen gilt als ein Mittel, um die Ansiedlung von Spielhallen zu verhindern. Weitere Beispiele aus der Region zeigen sehr deutlich, was für ein erfolgreiches Steuerungselement das Baurecht sein kann.

In Esslingen geht man besonders rigide vor. Die Konsequenz: Es gibt nur eine Spielhalle. Diese existiere auch nur, weil sie so alt sei, dass sie noch Bestandsschutz habe, wie der dortige Baurechtsamtsleiter Roland Böhm sagt. Rechnet man die Esslinger Quote auf die Einwohnerzahl von Stutt-

gart hoch, käme man auf 6,4 Spielhallen. Es sind jedoch mit dem im Januar in Plieningen eröffneten Betrieb 80 Spielhallen.

Der Trick in Esslingen: Hier wurde die historische Innenstadt bereits in den 70er Jahren zum Sanierungsgebiet erklärt, alle Nutzungen, die das Wohnen beeinträchtigen, wurden nicht zugelassen. Mit Bebauungsplänen wurde diese Entscheidung später abgesichert, so dass Vergnügungsstätten auch heute ausgeschlossen sind. Außerhalb der Innenstadt werde auf jedes Spielhallen-Baugesuch mit einer Änderung des Bebauungsplans reagiert, berichtet Böhm.

Eine harte Linie in Sachen Spielhallen wird inzwischen auch in Ludwigsburg gefahren. "Sie können Spielhallen nicht generell ausschließen", sagt Martin Kurt, der dortige Leiter des Fachbereichs Stadtplanung. Auf zwei Wegen versucht Ludwigsburg dennoch, neue Spielhallen zu verhindern. Die Stadt ändert erstens in einem sogenannten Sammelaufstellungsverfahren beginnend im März sämtliche Bebauungspläne. Gewerbegebieten sollen dem Gewerbe vorbehalten bleiben.

Abstandsregel in Stuttgart gekippt

"Der Aufwand ist hoch, langfristig zahlt sich das aber aus", sagt Kurt. Zweitens werden Spielhallen im Kerngebiet der Innenstadt "ausnahmsweise" zugelassen. Dies wird in Ludwigsburg aber mit einer Abstandsregel kombiniert, die wegen der bestehenden Spielotheken zusätzliche Spielhallen ebenfalls verhindert.

Beim Wort Abstandsregel dürfte man in Stuttgart aufhorchen. Schließlich galt hier auch einmal eine 90-Meter-Abstandsregel zwischen Spielhallen - festgeschrieben in der Vergnügungsstättensatzung. Das Verwaltungsgericht hatte diese Regel jedoch 2007 gekippt. In Ludwigsburg ist man sich jedoch sicher, eine "rechtssichere Lösung" gefunden zu haben.

"Wir erklären Spielhallen für ausnahmsweise zulässig, dann können wir die Ausnahme an bestimmte Voraussetzungen knüpfen", so Kurt. In Stuttgart dagegen habe man damals versucht, eine generelle Zulässigkeit von Spielhallen mit Ausnahmen zu verknüpfen.

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/gluecksspiel-mit-steuer-gegen-spielhallen-1.2011>

Mit Steuer gegen Spielhallen

Innenminister Herrmann will die Ausbreitung von Automaten bremsen - Kommunen sind bisher hilflos.

Die Gier nach dem großen Gewinn lässt sich nicht leicht stillen. Doch auch wenn der Automat leuchtet, klingelt und rattert, dem Spieler bleibt davon meist nicht viel. Das nächste Spiel wartet schon. Nur einer gewinnt offenbar konstant: der Spielhallenbetreiber.

Das Geschäft mit dem Automatenspiel ist erfolgreich wie nie. Innenminister Herrmann will die Ausbreitung der Spielhallen nun per Gesetz bremsen.

Wie lukrativ das Geschäft ist, zeigt die Zunahme der Automaten in Bayern: Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl auf 14.000 verdoppelt. In keinem anderen Bundesland steigt die Zahl so rasant. Die Bürgermeister gehen wegen der Spielhallen in ihren Ortszentren auf die Barrikaden, doch sie können dagegen rechtlich wenig machen. Doch das soll sich nun ändern. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will eine Spielhallensteuer einführen.

Die Hoffnung: Die Steuer, die jede Kommune selbständig erheben könnte, schmälert den Gewinn der Betreiber, und so wird der Standort weniger interessant. Und kommen die Hallen doch, sollen die klammen Gemeinden zumindest mitverdienen. So könnte die Steuer beispielsweise auf die Umsätze erhoben werden, von 15 Prozent ist die Rede. Herrmann nennt die Zunahme der Spielhallen eine "problematische Entwicklung". Jetzt, da immer mehr Gemeinden über ihre Machtlosigkeit gegen die Spielhallen klagen, hat er reagiert.

Die Spielhallensteuer gibt es schon seit langem in anderen Bundesländern, zum Beispiel im Stadtstaat Hamburg. Bayern ist ein Sonderfall, denn

seit 1980 gibt es hier keine Vergnügungssteuer mehr. Während in anderen Bundesländern die Kommunen an Gewinnen der Vergnügungsstätten zusätzlich verdienen, ist das in Bayern nicht der Fall.

Eine solche Steuer birgt insofern aber auch eine Gefahr: Denn wenn die Kommunen vom Geschäft profitieren, könnte ihr Interesse sogar steigen, Spielhallen in die Stadt zu holen. Und das, sagt Herrmann, "wäre dann wirklich eine problematische Wirkung". Er plädiert dafür, bei den Spielhallen über schärfere Beschränkungen nachzudenken, so wie es bei den staatlichen Kasinos praktiziert wird. Dort können sich beispielsweise Spieler selbst sperren lassen. Solche Änderungen betreffen allerdings Bundesrecht, sind also nicht Sache Bayerns.

Dass die Spielhallensteuer ein wirksames Instrument gegen den Automatenboom ist, daran zweifeln manche Bürgermeister. "Viel wichtiger wäre, dass die Kommunen endlich das juristische Werkzeug bekommen, Spielhallen unter bestimmten Voraussetzungen zu verhindern", sagt etwa Michael Kölbl (SPD) aus Wasserburg. Genau das würde er selbst gerade am liebsten tun, denn auch in seiner Stadt hat kürzlich ein Spielhallenbetreiber angeklopft. Ein neues Spiele-Center, gleich in der Nähe der Hauptschule. Wasserburg wehrt sich, so wie viele andere Gemeinden in Bayern, mit Tricks, grantigem Protest und allem, was das Baurecht hergibt.

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.glueckspiel-spielhallen-gelten-als-spielverderber.2efc4d0f-9817-42a3-811d-25e939bdce50.html>

Glückspiel - Spielhallen gelten als Spielverderber

Nach offiziellen Angaben machten die Spielhallen bundesweit im vergangenen Jahr einen neuen Rekordumsatz von 3,3 Milliarden Euro.

"Wir sehen die Entwicklung mit einer gewissen Besorgnis", sagte Manfred Stehle, Sprecher des Städtetags, am Mittwoch zum aktuellen Boom der Spielhallen. Vor allem bei der Frage des Jugendschutzes mehren sich die Sorgenfalten auf der Stirn manches Stadtoberhauptes. Denn im Gegensatz zu den Spielbanken, für die es unter 21 Jahren keinen Zutritt gibt und in die auch nur der reinkommt, der seinen Pass vorlegen kann, gilt in vielen Spielhallen allenfalls das Prinzip des Blickkontakts. Wer volljährig wirkt, darf hinein. Ob er es wirklich ist, wird nicht immer hinterfragt.

<http://www.casinostadt.com/news-item-112>

Private Spielhallen boomen

Während die Umsätze der Spielbanken stetig zurückgehen boomt der Glücksspielsektor bei den privaten Spielhallen. Die drei Casinos in Baden-Baden, Stuttgart und Konstanz erzielten 2005 noch einen Bruttospielertrag von 106 Millionen Euro. Für 2009 wird jedoch nur noch Ertrag von rund 71 Millionen Euro erwartet.

Als Ursachen nennt der Staatsminister das strikte Rauchverbot, die umfassende Zugangskontrolle und die "erweiterten Spielmöglichkeiten für das gewerbliche Spiel". Gemeint ist die Konkurrenz der Spielhallen, die sich in vielen Städten Baden-Württembergs wie Pilze im feuchten Wald vermehren.

Von 2000 bis 2008 nahm nach Reinharts Aufstellung die Zahl der Konzessionen im Südwesten um 44 Prozent zu, während es bundesweit nur ein Plus von 5,5 Prozent gab. Die Zahl der Spielgeräte explodierte geradezu: 73 Prozent mehr in Baden-Württemberg. Allein in Spielhallen standen 2008 fast 11,000 Geräte, weitere 9,000 in Gaststätten. Experten weisen darauf hin, dass die Geldspielautomaten der Spielhallen technisch den Geräten der staatlichen Spielbank ebenbürtig seien.

Kaum Fortschritte gibt es bei der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels. Das Regierungspräsidium Karlsruhe konnte bei den Wettbüros bisher lediglich eine Stagnation bei landesweit 500 erreichen. Stark zugenommen haben nach Angaben von Innenminister Heribert Rech die Internet-Angebote für Sportwetten wie Casinospiele. Die Schweiz will die Privaten mit einem staatlichen Internet-Casino konkurrenzieren.

[http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-
oberschwaben/eriskirch/Zocken-wird-teurer;art372472,4328995](http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-
oberschwaben/eriskirch/Zocken-wird-teurer;art372472,4328995)

Zocken wird teurer

Betreiber von Spielautomaten in Eriskirch müssen künftig 15 Prozent des Umsatzes als Vergnügungssteuer abführen

Eriskirch (kck) Bisher haben jene Geschäftsleute, die Spielautomaten aufstellen und betreiben, monatlich einen fixen Betrag als Vergnügungssteuer an die Gemeinde bezahlt. Der Satz differierte in Eriskirch von 63,30 Euro für Automaten mit Gewinnmöglichkeit in der Spielhalle bis zu 15,40 Euro je Automat ohne Gewinnchance, die beispielsweise in Lokalen stehen. Über diese Vergnügungssteuer flossen 2008 rund 22 600 Euro in die Gemeindekasse.

Dieser Betrag dürfte künftig um einiges höher ausfallen, wie Kämmerer Anton Ganser erklärte. Die Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit werden künftig nach dem Umsatz besteuert – und zwar nicht mit zehn Prozent, wie die Verwaltung vorgeschlagen hatte, sondern nach dem Willen der Gemeinderats-Mehrheit mit 15 Prozent. Man brauche ja der Spielsucht nicht noch Vorschub leisten, befanden die meisten Räte. Vier allerdings – einschließlich dem Bürgermeister – hätten sich auch mit weniger zufrieden gegeben.

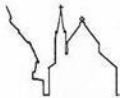
Dass die Vergnügungssteuersatzung überhaupt geändert wird, liegt an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Der sogenannte Stückzahlmaßstab verletze den Gleichheitsgrundsatz, befanden die Richter nach einer Klage der Spielautomaten-Aufsteller. Die dürften mit der nun festgelegten Umsatzbesteuerung allerdings deutlich schlechter fahren. Zumal die Gemeinden, die nun landauf, landab ihre Satzungen ändern, die Vergnügungssteuer erhöhen können, ohne dafür vom Volk gescholten zu werden.

In Baden-Württemberg werden laut einer Umfrage des Gemeindetags in der Mehrzahl zwischen zehn und 15 Prozent des Umsatzes an „Einarmigen Banditen“ und ähnlichen Geräten als Vergnügungssteuer erhoben. Wobei Biberach, Bad Saulgau oder Schwenningen 20 Prozent und die Stadt Mengen sogar 25 Prozent einfordern. Wie hoch die zusätzlichen Einnahmen sind, kann Anton Ganser nur schwer schätzen. Doch was die Automatenbetreiber ihm vorab gemeldet haben, zeuge von „überraschend hohen Umsatzzahlen“.

Schwäbische Zeitung – Regionalteil Bad Saulgau

Bad Saulgau

SCHWÄBISCHE ZEITUNG
Samstag, 19. Juni 2010 / Nr. 138

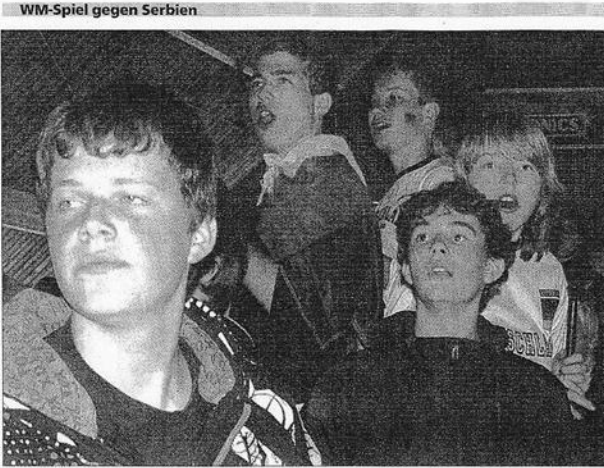


Aufgeschnappt
**ZITAT
DES TAGES**
„Wir bekommen viele
Anfragen.“

Stadtbaumeister Peter Kliebhan über den Andrang von Betreibern von Vergnügungstätten in Bad Saulgau.

Tipp
„Schwaaz Vere“ spielt zum Frühschoppen
BAD SAULGAU (sz) - Morgen, Sonntag, gestaltet die „Schwaaz Vere Jazzgang“ in der Hopfendarre in Fulgenstadt, um 11 Uhr einen Frühschoppen. Die Besetzung: H. G. Rimmle, Altsaxophon und Klarinette, Manfred Plütze, Trompete und Flügelhorn, Dieter Mross, Tenorsaxo-phon, Joachim Oberdorfer, Posaune, Florian Graf, Schlagzeug und Peter Wagerer, Bass.

Was Wann Wo
Samstag, 19. Juni
Ausstellungen
„Graphic Novels“, Wanderausstellung zeitgenössischer grafischer Romane, bis 26. Juni, Stadtbibliothek, 11-13 Uhr.
„Paarweise“, Karl Pfänder, bis 30. Juni, Literaturcafé „Colibri“, 10-14 Uhr.
Öffnungszeiten
Hallenbad, 13-17 Uhr
Hallenbad-Sauna, 13.30-17 Uhr
Recyclinghof, 9-15 Uhr
Sonnenhof-Therme, 9-22 Uhr
Stadtbibliothek, 11-13 Uhr
Stadtmuseum, 14-17 Uhr
Thermalbad-Sauna, 9-22 Uhr
Vereine
Tri-Team, Rennradtreff für jedermann, Marktplatz, 13 Uhr.
Führungen
Im Spiegel der Zeit, Stadtführung mit Mary Gelder, Marktplatz, Brumen, 14.30-16 Uhr.
Freizeit
Wanderung zum Franziskusgarten mit Ingrid Schmidt, Treffpunkt vor der



Den deutschen Fans ist nach dem serbischen Tor die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. Foto: Vedad Micijevic

Vergnügungstätten
Stadt schafft „Reservate“ für Spielhallen

BAD SAULGAU - Mit dem „Immakomm“-Konzept im Rücken macht der Gemeinderat Bad Saulgau Ernst mit dem Schutz der Innenstadt. Es läuft derzeit das Verfahren zur Beschränkung der Fachmärkte. Jetzt wollen die Stadtväter den Wildwuchs von Spielhallen eindämmen. Spielhallen und Wettbüros sollen Reservate am Rand der Stadt erhalten, in der Innenstadt verboten werden.
Von unserem Redakteur Rudi Multer
Spielhallen, Wettbüros, Diskotheken und Sex-Kinos, „Wir bekommen viele Anfragen“, erklärt Stadtbaumeister Peter Kliebhan vor dem Gemeinderat die Lage. In Bad Saulgau ist die Si-

tuation mit „Vergnügungstätten“ noch vergleichsweise wenig kritisch, schreiben die Gutachter der „Immakomm“. Das Büro hat den Einzelhandelsstandort Bad Saulgau untersucht. Sich die Lage bei den Vergnügungstätten anzuschauen, gehörte zu ihrem Auftrag. Gerade weil die Situation „noch“ vergleichsweise günstig sei, müsse jetzt gehandelt werden, machte der Stadtbaumeister klar.
Die Stadt hat Ziele: Keine zusätzlichen Vergnügungstätten in der Innenstadt, kein Wildwuchs von Vergnügungstätten in allen möglichen Gebieten, stattdessen kontrollierte Ansiedlung der Vergnügungstätten in exakt bezeichneten Gebieten, Raphael Osmakowski-Miller fragte an, warum „wir solche Ansiedlungen nicht generell ausschließen können“. Die Einrichtungen seien schließlich die Ursache für die Not der Familien von

Stimmung kippt nach Roter Karte

BAD SAULGAU (vem) - Beim gestrigen WM-Spiel der deutschen Nationalmannschaft gegen die „weißen Adler“ Serbiens musste das deutsche Fußballherz regelrecht leiden.
Bad Saulgau stand für die Dauer des Spiels fast schon still. Beschäftigte nutzten Betriebspausen oder den frühen Feierabend, um den Weg ins abermal voll besetzte Parkhaus in der Lindenstraße zu suchen. Schüler machten sich gleich nach dem Läuten auf, ihre Elf anzufeuern. Die Stimmung war anfangs, wie schon beim Australien-Spiel, ausgelassen. Doch beim Platzverweis für Miroslav Klose kippte die Stimmung. Kurz nachdem Klose Gelbrot sah, der Schock: Der Treffer des Serben Milan Jovanovic ließ das gesamte Parkhaus verstummen und erstarren. Die zahlreichen ungenutzten Plätze der Löw-Elf kommentierte ein Fan so: „So viel Pech kannst du doch gar nicht haben“.

Mehr Bilder vom Public Viewing in Bad Saulgau finden Sie im Internet unter www.szonline.de/fokales/badsaulgau

Kommentar

Der Gemeinderat zeigt bei der Innenstadt Gestaltungswillen. Endlich gibt es ein Konzept, das einmal nicht in der Schublade verschwindet, sondern umgesetzt zu werden scheint.

Endlich wird konkret gestaltet

Vergnügungstätten raus, innerstadtrelevantes Sortiment rein in die Innenstadt. Im Gegenzug soll es auf der grünen Wiese – konkret an der Hochberger Straße – keine weiteren Fachmärkte geben. Die Resonanz bei beiden Themen – Vergnügungstätten und Fachmärkte – dürfte unterschiedlich sein. Wer Vergnügungstätten aus der Innenstadt verbannt, kann sich der positiven Zustimmung eines großen Teils der Öffentlichkeit sicher sein. Wer Fachmärkte vom An siedeln auf der grünen Wiese abhält, dürfte ein paar kritische Fragen mehr zu beantworten haben. Dem Standort und der Anziehungskraft aufs Umland täte ein „Edeka“ oder ein „dm“ gut. Eine lebendige Innenstadt ist nicht nur ein schützenswertes Gut, sondern entfaltet gleichfalls Anziehungskraft. Als Magnet fürs Umland wirkt Bad Saulgau also nur, wenn das eine getan wird, ohne das andere zu lassen. Gemeinderat und Verwaltung müssen Einkaufsmöglichkeiten zulassen und eine lebendige Innenstadt bewahren. Zugegeben: Keine leichte Aufgabe, wenn's um den Einzelfall geht.

Standpunkt
EINE FRAGE AN ...

... Andrew McCormick, „Solar GmbH Bad Saulgau“

